

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Liebe Freundinnen und Freunde! Zuerst einmal, lieber Armin Laschet, ganz herzlichen Dank für das Stück des Kölner Doms, das natürlich einen Ehrenplatz im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin bekommen wird. Ich bedanke mich dafür sehr. Das können wir gut gebrauchen. Ich will auch darauf hinweisen: Berlin hat schweren Herzens seinen Kardinal ziehen lassen, damit er im Kölner Dom seinen Dienst tun kann. Das ist echte Großzügigkeit gewesen. Das sage ich als evangelische Christin, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Als Zweites möchte ich ein ganz herzliches Dankeschön an Joseph Daul sagen. Lieber Joseph, du bist nicht nur ein toller Vorsitzender unserer großen Europäischen Volkspartei, sondern du bist ein gelebtes Beispiel deutsch-französischer Freundschaft, die so vieles in Europa möglich gemacht hat. Danke dir dafür. Danke für deine Arbeit als Vorsitzender unserer Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Liebe Freunde, nach neun Jahren CDU-geführter Bundesregierung können wir feststellen: Wir haben viel erreicht. Wir leben in einem wohlhabenden und international geachteten Land. Wir sind ein erfolgreicher Industriestandort. Wir haben einen starken Mittelstand. Wir haben hohe soziale Standards und hohe Umweltstandards. Unsere Arbeitslosigkeit liegt unter 3 Millionen. Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen in unserem Land ist die niedrigste in der Europäischen Union. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie heute: 43 Millionen Menschen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist auf über 30 Millionen angestiegen. Davon, liebe Freunde, profitieren zum ersten Mal auch endlich ältere Arbeitnehmer. Mittlerweile ist jeder zweite der 60- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Im Jahre 2000 war es nur jeder Fünfte. Die Betriebe in Deutschland melden über eine halbe Million freie Stellen. Dieses Jahr werden die Nettolöhne zum sechsten Mal in Folge steigen.

Die Preise sind stabil, die Lohnzusatzkosten in etwa konstant, die Rentenbeiträge sinken auf 18,7 Prozent. All das kann sich wirklich sehen lassen, liebe Freundinnen und Freunde. Das haben wir ganz wesentlich mit ermöglicht.

(Beifall)

Das alles ist die Grundlage für das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Bilanz zum Ende dieses Jahres. Nach 46 Jahren haben wir im Deutschen Bundestag zum ersten Mal einen Haushalt verabschiedet, bei dem der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden aufnimmt. Das gilt auch für die kommenden Jahre.

(Beifall)

Der Staat hat jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir jetzt Schluss. Das ist eine historische Leistung. Und was erleben wir in diesen Tagen, kurz bevor wir dieses Ziel erreicht haben? Eine ganz typisch deutsche Diskussion. Ich habe noch einmal nachgelesen: Vor sechs Jahren standen wir schon einmal kurz vor dem Erreichen dieses Ziels.

Dann kam die internationale Finanzkrise. Wir hatten einen Wirtschaftseinbruch von 5 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes, und wir mussten damals dieses Ziel aufgeben.

Was wurde damals gesagt? Armutszeugnis, Versagen, Kleinmut. Heute, da wir das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes erreichen können, sprechen manche davon, wir trügen die sogenannte Schwarze Null wie eine Monstranz vor uns her, wir kämen aus der Feierlaune gar nicht mehr heraus usw. usf. Nein, liebe Freunde, es geht hier wirklich nicht ums Feiern oder Frohlocken, es geht um nicht mehr und nicht weniger als um Deutschlands Zukunft. Wir zeigen: ausgeglichener Haushalt – das geht. Das ist eine Zukunftsaussage.

(Beifall)

Wir machen Schluss mit dem Leben auf Pump. Wir denken an unsere Kinder, wir denken an unsere Enkel. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist vorneweg und ganz besonders das Verdienst eines Mannes, das ist das Verdienst von Wolfgang Schäuble. Wir danken ihm ganz herzlich. Er ist heute in Brüssel und kämpft an anderer Stelle für uns und unsere Bankenabgaben. Ein herzlicher Gruß und ein herzliches Dankeschön, lieber Wolfgang Schäuble! Sie haben mit Macht für dieses Ziel gearbeitet.

(Beifall)

Es gilt noch mehr: Wolfgang Schäuble hat Schluss gemacht mit alten Gegensätzen, Schluss mit dem Gegensatz solider Haushalt o d e r Wirtschaftswachstum, Schluss mit dem Gegensatz gute Wirtschaftspolitik o d e r gute Sozialpolitik. Nein, liebe Freunde, das ist unsere Erfahrung: beides geht zusammen. Beides zusammen ist Soziale Marktwirtschaft. Und Soziale Marktwirtschaft ist Generationengerechtigkeit pur. Soziale Marktwirtschaft ist Zukunftspolitik, sie ist Grundlage dafür, dass Deutschland gut dasteht. Man kann ganz kurz und einfach sagen: Die CDU tut Deutschland gut, meine Damen und Herren, liebe Delegierte!

(Beifall)

Aber eines ist auch klar: Dabei dürfen wir natürlich nicht stehenbleiben. Ich will nicht, dass wir uns morgen nur noch an erfolgreiche Politik von gestern erinnern. Ich will, dass wir Deutschlands Zukunft gestalten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir leben in einer ausgesprochen spannenden Zeit. Innovationsökonomien sagen uns, dass wir in Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik eine relativ stabile Phase hatten, geprägt von einer starken und sich immer weiterentwickelnden Industrie: im Automobilbau, in der Chemieindustrie, im Maschinenbau und in vielen anderen Bereichen. In solchen Phasen muss der, der einmal die Weltspitze erobert hat, schon sehr viele Fehler machen, damit er davon verdrängt wird.

Im Umkehrschluss heißt das: Für die, die in dieser Phase nicht an die Spitze gekommen sind, ist es gar nicht so einfach, dann auch an die Spitze vordringen zu können.

Aber dann gibt es Zeiten technischer Revolutionen. Diese Zeiten bedeuten völlige Veränderungen, weil nun plötzlich ganz neue Technologien auf den Plan treten. Dies war zum Beispiel im 19. Jahrhundert beim Übergang von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft die gesamte industrielle Revolution. Die hat Europa damals gut gemeistert und Deutschland ganz wesentlich auch.

Heute kommen wir wieder in eine solche Phase, getrieben von der Digitalisierung. In diesen Phasen werden die Karten völlig neu gemischt. Das bedeutet für die einen, die nicht vorne mit dabei waren, dass sie jetzt die Chance haben aufzuholen. Das bedeutet aber auch für die anderen, dass sie nicht vergessen dürfen, die neuen Technologien mitaufzunehmen. In genau dieser Phase sind wir jetzt. Deshalb dürfen wir uns keinen Tag auf dem Erreichten ausruhen. Wir werden uns auch niemals auf dem Erreichten ausruhen. Deshalb lautet unser Motto: „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“. Das ist das Motto dieses Tages, dieses Parteitages, aber auch der nächsten Jahre hin zur nächsten Bundestagswahl.

(Beifall)

Victor Hugo wird die Aussage zugeschrieben – ich zitiere ihn einmal –:

„Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance.“

Zitat Ende.

Es geht jetzt um nicht mehr und nicht weniger als darum, ob wir mutig sind, ob wir die Chancen ergreifen. Ich möchte Ihnen zurufen: Lassen Sie uns die Chancen ergreifen! Lassen Sie uns die Mutigen in diesen spannenden Zeiten sein! Darum geht es für uns als Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Deshalb benennen wir die Herausforderungen: Die erste Herausforderung ist die Digitalisierung. Sie wird die Arbeitswelt massiv verändern. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ unter Leitung von Thomas Strobl. Hier geht es wieder darum, nicht vor allen Dingen über Risiken zu sprechen, sondern die Chancen zu ergreifen, die die Digitalisierung bietet. Die digitale Revolution kann das Leben der Menschen erleichtern, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wenn wir es richtig anstellen, wird sie mehr Beschäftigung schaffen, als wir an anderen Stellen Beschäftigung verlieren. Wir werden das aber nur schaffen, wenn wir uns dieser Aufgabe gemeinsam stellen. Wir können nicht denen, die sich heute als Digital Natives bezeichnen, das Ganze allein überlassen, sondern wir müssen diese Entwicklung verstehen. Was ist dabei die Aufgabe der Politik? Die Aufgabe der Politik ist, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Es geht jetzt darum, dass wir unserer Wirtschaft die richtigen Entfaltungsmöglichkeiten erlauben und den richtigen Rahmen setzen. Das war immer wieder die Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft, an die Verantwortung des Staates zu appellieren, ohne die Freiheit derer, die in der Wirtschaft agieren, so zu beschneiden, dass nichts Vernünftiges mehr herauskommt. Das ist unsere Aufgabe jetzt genauso wieder im 21. Jahrhundert, wie es sie im 20. und 19. Jahrhundert war.

(Beifall)

Diese Veränderungen vollziehen sich unter dem Stichwort Industrie 4.0. Denken wir einmal an die Automobilindustrie. Wir sind da heute führend. Aber der Anteil der Elektronik, der Anteil des Internets im Auto vergrößert sich permanent. Irgendwann wird sich die Frage stellen: Können diejenigen, die Motoren und Karosserien bauen können, auch noch wirklich das moderne Auto bauen? Oder geht diese Fähigkeit über an diejenigen, die mit dem Internet besser umgehen können? Wir müssen beides können, damit eine starke Branche unseres Landes auch weiter stark bleibt, liebe Freunde!

(Beifall)

Wir können aber genauso an die Landwirtschaft denken. In Zukunft wird man über ein GPS-System erkennen, welcher Quadratmeter des zu bearbeitenden Landes welche Fruchtbarkeit hat. Wer diese Informationen nicht hat, wird nicht mehr wettbewerbsfähig sein können. Denken wir auch an die Telemedizin: neue Heilmethoden, Versorgung auf höchstem Niveau im ländlichen Raum. Es werden unendlich viele Datenmengen anfallen, Stichwort Big Data. Die Frage wird sein: Haben wir Angst und Furcht, oder sind wir offen für neue Wertschöpfungen?

(Vereinzelt Beifall)

Damit sind wir mittendrin in der heißen Debatte. Unbeschränkter Zugriff auf Daten, damit wir neue Produkte schaffen können, sagen die einen; Persönlichkeitsrechte, sagen die anderen. Das führt uns wieder zu einer alten und von uns immer wieder erfolgreich geführten Debatte über die Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite. Genau diese Balance haben wir Christdemokraten in vielen Situationen immer wieder zugunsten des wirtschaftlichen Erfolgs, verbunden mit der Achtung der Würde des einzelnen Menschen, gefunden.

Vor dieser Aufgabe stehen wir wieder. Wenn es jetzt um das Telekommunikationspaket von Günther Oettinger geht, wenn es um die Datenschutzgrundverordnung geht, die Thomas de Maizière für uns verhandelt: Wir müssen diejenigen sein, die die Chancen der neuen Möglichkeiten ergreifen und die Würde des einzelnen Menschen erhalten. Das können wir mit unserer Erfahrung aus der Sozialen Marktwirtschaft, und das wollen wir leisten. Darum geht es in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere zweite große Herausforderung ist die Demografie, die Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft. Kaum ein Land auf der Welt muss sich in so starkem Maße damit auseinandersetzen. Zunächst einmal möchte ich sagen: Wir haben Wort gehalten. Die Mütterrente, für die wir im Wahlkampf so gekämpft haben, ist Gesetz. Wir haben sie auf vielen Parteitagen beraten – durchaus strittig.

Wir haben sie im Koalitionsvertrag vereinbart und wir haben sie im Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie gilt seit dem 1. Juli dieses Jahres. Damit haben wir Wort gehalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, dass hier im Saal wahrscheinlich etliche sitzen, die sagen – hinterher mehr als vorher – : Ein Muss war das nun wirklich nicht. Ich sage: Nein, es war kein Muss. Aber diese Mütterrente sagt sehr viel über uns aus. Sie steht symbolhaft dafür, ob und wie wir Lebensleistungen anerkennen.

(Beifall)

Für die Mütter von heute haben wir viel getan. Jetzt haben wir auch etwas für die getan, die vor 1992 ihre Kinder bekommen haben. Das ist das Wesen unserer Partei.

Die Mütterrente sagt auch etwas darüber aus, was uns, den Christdemokraten, die Erziehungsleistung wert ist. Wir glauben daran, dass Eltern Herausragendes leisten. Wir glauben an die Wahlfreiheit. Wir haben durch den Ausbau von Kindergärten und durch die Ausweitung von Kitaleistungen die Wahlfreiheit ermöglicht. Aber wir achten nach wie vor die Erziehungsleistung der Eltern. Auch das sagt die Mütterrente aus. Das ist CDU pur.

(Beifall)

Die Schaffung von Wahlmöglichkeiten für Eltern ist natürlich von überragender Bedeutung gerade angesichts der demografischen Entwicklung. Es ist wunderbar, wenn wir länger leben, wenn wir länger gesund sind. Es ist wunderbar, wenn die Enkelkinder heute viel länger etwas von ihren Großeltern haben. Es ist gut, wenn Menschen so fit sind, dass sie auch über den Renteneintritt hinaus zum Teil weiterarbeiten wollen. Deshalb haben wir beim Rentenpaket durchgesetzt, dass man mit befristeten Verträgen endlich weiterarbeiten kann.

Unbeschadet der Ausnahme von 45 Beitragsjahren bleibt die Rente mit 67, die schrittweise eingeführt wird, natürlich unverzichtbar. Wir sorgen jetzt bei der Diskussion um die Flexi-Rente für weitere Verbesserungen. Ich danke in diesem Zusammenhang gerade der Jungen Gruppe im Deutschen Bundestag. Wir setzen auf Erfahrung und Kompetenz. Wir glauben, dass die Menschen sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die Flexi-Rente kann genau hierauf eine richtige Antwort sein.

(Beifall)

Natürlich wird es in den nächsten Jahren ganz wesentlich um das Thema Fachkräftesicherung gehen. Das ist nicht nur ein Thema der Industrie, sondern auch ein Thema des Mittelstandes. Daher sind gerade solch flexible Instrumente sehr wichtig. Genauso gut ist es auch, wenn junge, gut ausgebildete und leistungsbereite Menschen aus aller Welt zu uns kommen: „In Deutschland möchte ich arbeiten und leben. Da möchte ich mich einbringen!“ Damit sagen diese Menschen doch nichts anderes, als dass unser Land ein großartiges Land ist. Ich sage: Diese jungen Leute haben recht damit, dass sie zu uns kommen. Sie sind uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Eine älter werdende Gesellschaft bietet im Übrigen auch Chancen, die man auf den ersten Blick gar nicht erkennt. Die Gesundheitswirtschaft zum Beispiel ist ein echter Motor für Wachstum und Beschäftigung geworden. Da werden innovative Medizinprodukte entwickelt: künstliche Linsen zur Behandlung des grauen Stars, individualisierte Therapien bei Krebserkrankungen, eine breite Erforschung unserer Volkskrankheiten. Das ist „Made in Germany“. Das ist Fortschritt, der dem einzelnen Menschen dient.

Deshalb sollten wir beim demografischen Wandel vor allen Dingen an die Chancen denken. Ich erwähne hier die vielen Älteren, die sich inzwischen ehrenamtlich einbringen, zum Beispiel als Lesepaten in Kitas und Grundschulen. Das ist genau das, was den Zusammenhalt der Generationen unter veränderten Lebensbedingungen stärkt. Wir brauchen einen starken Zusammenhalt.

Das heißt für uns: Die Schwachen in unserer Gesellschaft müssen auf die Solidarität der Stärkeren vertrauen können. Sonst hat die Soziale Marktwirtschaft versagt. Und das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir wissen, dass Menschen in schwierige Situationen kommen können und auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. Das zeigt sich in der Pflege. Fast jeder von uns kennt in seiner Familie oder seinem Bekanntenkreis Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Wir dürfen nie vergessen: Die allermeisten von ihnen werden zu Hause von der eigenen Familie gepflegt. Deshalb können wir gar nicht oft genug sagen: Das sind die eigentlichen stillen Helden unserer Gesellschaft. Ihnen gebührt ein herzliches Dankeschön für das, was sie leisten.

(Beifall)

Aber der Staat entzieht sich seiner Verantwortung nicht. Wir haben in den letzten Monaten erhebliche Verbesserungen erreicht. In drei Wochen tritt die Pflegereform in Kraft: höhere Pflegeleistungen, mehr Personal, bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Herzlichen Dank, Hermann Gröhe, dass du dieses Gesetz so schnell auf den Weg gebracht hast. Es wird vielen Menschen helfen und zeigen: Auch die Pflege ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall)

Wahr ist – davor haben wir die Augen nicht verschlossen, auch nicht im Wahlkampf –: Das kostet Geld. Deshalb haben wir den Beitrag zur Pflegeversicherung leicht gesteigert. Aber wir haben auch an die zukünftigen Generationen gedacht und zum ersten Mal in der Pflege einen Vorsorgefonds angelegt, damit die, die heute jünger sind und später auf Pflege angewiesen sind, auf diese Rücklagen zurückgreifen können.

Genau um diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt, von dem ich jetzt gesprochen habe, und um das Thema Generationengerechtigkeit in einer Zeit, in der sich der Altersaufbau einer Gesellschaft verändert, geht es in der Kommission von Armin

Laschet unter dem Titel „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“. Wir wollen gestalten.

Lieber Armin Laschet, liebe Mitstreiter in Nordrhein-Westfalen, ich wünsche euch von ganzem Herzen viel Erfolg. Rot-Grün hat etwas geschafft, was man in der Bundesrepublik Deutschland selten findet: vier Regierungsjahre, viermal eine Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht – dreimal wegen eines nicht rechtskonformen Haushalts, einmal wegen falscher Bezahlung der Beamten. Das ist ein trauriger Rekord. Ich kann nur sagen: Ihr müsst schauen, dass Nordrhein-Westfalen ein Rechtsstaat bleibt, dass man sich an Recht und Gesetz hält und dass hier endlich wieder Vernunft Einzug hält.

(Anhaltender Beifall)

Die entscheidenden Schlüssel, damit wir weiter ein erfolgreiches Land bleiben, sind natürlich Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit. Das zu stärken ist die dritte Herausforderung, an der wir für Deutschlands Zukunft arbeiten. Es geht immer darum, ob es auf der Welt – nebenbei bemerkt: 90 Prozent des Wachstums auf der Welt findet außerhalb Europas statt – Menschen gibt, die das, was wir in Deutschland herstellen, erfinden und produzieren, auch kaufen wollen. Das wird uns nur mit wirklich innovativen Produkten gelingen. Deshalb ist das Thema „Made in Germany“, „Weltspitze“, „Hidden Champions“, „Weltmarktführer“ nicht irgendein Elitethema, sondern schlussendlich geht es dabei darum, unseren Lebensstandard zu erhalten oder zu verbessern.

CDU und CSU achten in der Großen Koalition genau auf diesen Punkt. Wir können auf dem aufbauen, was wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der FDP erreicht haben. Ich will an dieser Stelle einmal Folgendes einfügen: Manchmal kann ich mich nur wundern, wie die FDP heute schon von vielen endgültig abgeschrieben wird. Ich rate uns: Warten wir es doch einmal in Ruhe ab.

(Vereinzelt Beifall)

Sie ist und bleibt auf jeden Fall unser natürlicher Koalitionspartner, und wir haben in der vergangenen Legislaturperiode viele Weichen richtig gestellt. Darauf können wir heute aufbauen. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall)

Wir haben gesagt: keine Steuererhöhungen. Das haben wir durchgehalten und erreicht. Wir haben gesagt: ein ausgeglichener Haushalt. Das haben wir jetzt erreicht. Wir werden auch Wort halten bei der kalten Progression. Darüber gab es vor dem Parteitag eine lange Diskussion – richtigerweise. Gestern haben wir uns mit verschiedenen Vertretern der Vereinigungen und der Landesverbände zusammengesetzt und gesagt: Es muss doch möglich sein, bei einem Thema, das wir alle gemeinsam für richtig und wichtig halten, bei einem Thema, bei dem es um Gerechtigkeit geht, bei dem es darum geht, dass Lohnerhöhungen auch bei den Menschen ankommen, eine Lösung zu finden. Ich finde, wir haben einen weisen Beschluss gefasst. Wir haben beschlossen, dass wir uns finanzielle Spielräume erarbeiten wollen, damit wir in dieser Legislaturperiode noch einen ersten Schritt bei der Abmilderung der kalten Progression machen können. Das ist vorsichtig formuliert, und das ist gleichzeitig ein Ansporn, denn wenn ein Anliegen ein wichtiges ist, dann muss man es auch sozusagen angespornt umsetzen, und genau das tun wir. Deshalb danke ich denen, die sich dafür eingesetzt haben. Ich bitte aber auch um Verständnis, dass niemand etwas versprechen will, was wir zum Schluss nicht halten können. Jetzt haben wir einen guten Kompromiss gefunden. Herzlichen Dank allen, die daran mitgearbeitet haben!

(Beifall)

Wenn wir innovativ und wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen wir – das wissen wir – erst einmal mehr investieren. Wahr ist: Deutschlands Investitionsquote liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Deshalb ist es unser Ziel, dass wir diesen OECD-Durchschnitt möglichst schnell erreichen. Wir haben jetzt auf die sowieso schon zusätzlich vereinbarten Investitionen noch einmal ein Paket mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro draufgelegt. So müssen wir weitermachen. Investieren ist wichtig.

Es geht um Investitionen in Straßen und in den Breitbandausbau, in Verkehrswege, in Schienenwege, in Gebäudedämmung und in umweltfreundliche Technologien, aber eben auch um Investitionen in junge Menschen, in kluge Ideen, in Forschergeist und Kreativität.

Hier geht es um zweierlei: Auf der einen Seite geht es um Bildung und Ausbildung und es geht auf der anderen Seite um Forschung und Entwicklung. Jedes Kind, jeder Jugendliche muss bei uns eine Chance auf eine gute Ausbildung haben. Wir sind da im Augenblick in einer sehr guten Situation. Wir müssen nur aufpassen: Wir haben sehr, sehr viel gemacht für diejenigen, die an den Fachhochschulen und Hochschulen studieren. Inzwischen ist das die Hälfte eines Jahrgangs. Jetzt geht es aber auch darum, dass wir alles daransetzen, dass unser duales Ausbildungssystem, wofür wir auf der ganzen Welt belobigt werden, eine genauso glänzende Säule unseres Bildungssystems ist wie die Hochschulausbildung. Das galt früher, und das muss auch in Zukunft gelten.

(Beifall)

Wir brauchen Spitzenforschung. Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr wieder einen Nobelpreisträger für Chemie aus Deutschland haben, zeigt, dass es bei uns Spitzenforschung gibt. Wir haben tolle außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Der Bund hat jetzt die Verantwortung für das ganze BAföG übernommen. Warum? Mit dem Ziel, die Länder zu entlasten, und zwar mit der Erwartung, dass das Geld, das der Bund übernimmt, bitte schön in die Universitäten und Hochschulen fließt, damit wir in diesem Bereich besser werden und nicht nur außeruniversitäre Hochschuleinrichtungen gut sind. Diese Erwartung haben wir jetzt an die Länder. Ich hoffe, sie werden das alle tun.

(Beifall)

Seit 2005 haben wir die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bundeshaushalt um 60 Prozent gesteigert. Wir schaffen jetzt fast das 3-Prozent-Ziel und geben 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus.

Im Bereich Bildung haben wir sogar eine Steigerung um 90 Prozent, also fast eine Verdoppelung. Johanna Wanka steht in der Bundesregierung für diese Politik, für Zukunftspolitik. – Ein herzlichstes Dankeschön, liebe Johanna Wanka!

(Beifall)

Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann muss uns die Energiewende gelingen. Gelingt sie, ist sie ein absolutes Zukunftsprogramm mit neuen Technologien. Gelingt sie nicht, ist sie eine Gefahr für den Industriestandort Deutschland. Wir haben jetzt in der Großen Koalition das EEG, das Erneuerbare-Energie-Gesetz, verändert. Wir haben in Brüssel leider manchmal sehr hart kämpfen müssen, damit unsere energieintensive Wirtschaft wirklich vernünftig behandelt wird. Es hat ja keinen Sinn, wenn man energieintensive Technologien aus Deutschland und Europa verjagt, weil man das falsche Verständnis hat, weil man denkt, dass das nicht gefördert werden kann. Das ist kontraproduktiv. Da werden wir uns weiter einsetzen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir brauchen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit, für unseren Kraftwerkspark der Zukunft, wir brauchen ein klares Signal für den Ausbau von Leitungen, und wir brauchen eine Integration unserer Energiepolitik in eine europäische Energiepolitik. Man kann nicht eine Politik für die Energiewende machen, die sich im Grunde auf einzelne Länder konzentriert, sondern diese Politik muss eingebettet sein in einen europaweiten Rahmen. Wir haben hier noch viel Arbeit vor uns; aber ich bin fest überzeugt: Auch hier wird es die Union sein, die die wirtschaftspolitische Vernunft mit den ökologischen Herausforderungen am besten zusammenbringt.

Wir müssen auch darauf achten, dass wir nicht immer mehr Bürokratie aufbauen. Wir haben die Wirtschaft in den vergangenen Jahren von erheblichen Bürokratiekosten entlastet. Wir haben jetzt durch einige Gesetzgebungen wieder ziemlich viel Bürokratie draufgesattelt. Deshalb haben wir gesagt – das war ein wichtiger und von der Unionsfraktion herbeigeführte Beschluss –: Wenn wir ein Gesetz machen, das mehr Bürokratiekosten verursacht, dann müssen wir auf der anderen Seite ein Gesetz

herausnehmen, damit Bürokratiekosten entfallen. One in, one out – so heißt das Ganze. Das wollen wir jetzt versuchen, zielstrebig umzusetzen. Die CDU wird darüber wachen, dass das auch wirklich passiert, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht natürlich auch um neue Formen von Unternehmen, zum Beispiel um Start-ups. Mein Traum ist, dass die Zulassung von Start-up-Unternehmen im digitalen Bereich in ganz Europa, in allen 28 Mitgliedstaaten gleich abläuft. Mein Traum ist – daran arbeiten wir ganz intensiv –, dass wir hinsichtlich der Versorgung mit Wagniskapital, mit Risikokapital, wie wir das nennen, besser werden. Das Allerschönste wäre, wenn wir nicht immer von Risiken und Wagnis sprechen würden, sondern sagen würden: Das ist Chancenkapital, und das hat nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa eine Chance. Dann werden wir besser, dann ziehen wir die besten Köpfe an, dann können unsere jungen Unternehmen etwas bewerkstelligen.

(Beifall)

Wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen, dann müssen wir offen sein, zum Beispiel offen für den Welthandel, für den Freihandel. Als ich jetzt beim G-20-Treffen in Australien war, ist mir noch einmal bewusst geworden, was für eine Dynamik in der pazifischen Region vorherrscht – von Japan über China bis Australien und Neuseeland –: ein Freihandelsabkommen nach dem anderen.

Liebe Freunde, wenn wir als Exportnation unsere hohen Standards im Umweltschutz und im Verbraucherschutz in solchen Freihandelsabkommen verankern wollen, zum Beispiel in den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dann müssen wir uns sputen. Dann dürfen wir nicht den ganzen Tag Bedenken ausdrücken, sondern dann müssen wir sagen: Wir wollen Standards weltweit setzen. Deshalb müssen wir zu den Ersten und dürfen nicht zu den Letzten gehören. Die Welt wartet nicht auf uns.

(Beifall)

Bei unseren Standards geht es um Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Das ist genau das Thema, mit dem sich Julia Klöckner in ihrem Forum beschäftigt. Gutes Leben, nachhaltiges Leben – wie können wir das in Übereinstimmung bringen mit Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft? Nebenbei, liebe Julia, ihr macht das in Rheinland-Pfalz wirklich großartig. Ihr seid auf allen Kanälen mit dabei. Ihr brandmarkt, was immer nicht recht ist in Rheinland-Pfalz, und das ist leider mehr, als uns lieb ist. Deshalb sage ich: Ihr habt eine richtige Chance, ihr Rheinland-Pfälzer, mit ihr an der Spitze in anderthalb Jahren wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir werden euch mit allen Kräften, die wir haben, unterstützen.

(Starker Beifall)

Da wird schon dabei sind, was in anderthalb Jahren sein wird, möchte ich Guido Wolf ganz herzlich gratulieren und sagen: Lieber Guido Wolf, lieber Thomas Strobl, liebe Freunde aus Baden-Württemberg, auch ihr habt eine reale Chance, wieder Regierungsverantwortung zum Wohle Baden-Württembergs zu übernehmen. Wir helfen euch, wir unterstützen euch, wir fiebern mit euch. Gut, dass es so aussieht, dass wir das schaffen können.

(Beifall)

Genauso herzliche Wünsche an Reiner Haseloff und die CDU in Sachsen-Anhalt. Dort wird 2016 gewählt. Auch ihr sollt eure erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen können. Dafür werden wir eintreten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe jetzt viel von Deutschland gesprochen. Aber Joseph Daul hat es schon gesagt: Ein Land alleine kann heute auf der Welt nicht mehr viel bewegen. Deshalb ist nicht nur Deutschland unsere Heimat, sondern ist Europa auch unsere Zukunft. Wir sind eingebettet in die Europäische Union. Wir haben schwere Jahre in Europa hinter uns und teilweise sind wir noch mittendrin. Die europäische Staatsschuldenkrise ist zwar unter Kontrolle gebracht, aber dauerhaft überwunden ist sie noch nicht. Wenn man heute Menschen auf der Welt fragt, ob Europa der

dynamischste Kontinent ist, dann wird es nur wenige geben, die sagen, dass Europa der dynamischste Kontinent ist. Das sage ich nicht, damit wir uns selber schlecht machen oder depressiv werden. Ich bin der festen Überzeugung: Wir haben alle Chancen. Aber zu den Chancen gehört auch, dass wir Vertrauen auf der Welt genießen. Das heißt, dass wir uns an die Regeln halten, die wir uns selber gegeben haben. Deshalb handelt es sich nicht um deutsche Penibligkeit, wenn wir immer vom Stabilitäts- und Wachstumspakt sprechen und darauf hinweisen, dass wir diesen einhalten müssen. Vielmehr hat das etwas mit Vertrauen zu tun. Die Staatsschuldenkrise in Europa war im Kern eine Vertrauenskrise. Wenn wir das, was wir uns in dieser Krise vorgenommen haben, zum Schluss nicht einhalten würden, dann würden wir Vertrauen verspielen. Das wäre nicht gut für Europa. Deshalb achten wir auf die Einhaltung der Regeln, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Übrigen ist es doch so, dass dieser Pakt nicht umsonst Stabilitäts- und Wachstumspakt heißt. Das Wachstumsprogramm, das jetzt von Jean-Claude Juncker vorgelegt wurde und über das wir nun diskutieren werden, birgt alle Potenziale und Möglichkeiten in sich, dass wir beides vereinen: solide Haushaltsführung mit Strukturreformen und Wachstumsmöglichkeiten.

Liebe Freunde, wir erinnern uns: Der Ausgangspunkt der Staatsschuldenkrise war die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir alle wissen, dass wir damals etwas gesagt haben, was wir noch nicht vollständig eingelöst haben und auf dessen Einhaltung die CDU immer wieder achten muss. Wir haben damals gesagt: Jeder Finanzplatz, jeder Finanzmarktakteur und jedes Finanzmarktprodukt muss reguliert werden. Wir haben das für die Banken geschafft. Wir haben in Europa eine Bankenunion. Es herrscht jetzt weitaus mehr Steuergerechtigkeit. Wolfgang Schäuble hat hier Herausragendes geleistet. Vor allem gibt es mehr Steuerehrlichkeit, Stichwort „automatischer Informationsaustausch“. Aber es bleibt dabei: Die Schattenbanken sind international noch nicht so reguliert, dass wir den Steuerzahlern sagen können: Wenn da etwas passiert, werdet ihr nicht wieder zur Kasse gebeten. – Deshalb sollte die Christlich Demokratische Union die Partei sein, die immer wieder sagt: Banken und insbesondere Schattenbanken müssen so reguliert sein, dass wir den Menschen voller

Überzeugung sagen können: Nein, ihr werdet nicht mehr herangezogen, wenn es um die Risiken geht. Das ist jetzt so gelöst, dass die Verursacher die Risiken tatsächlich bezahlen müssen.

(Beifall)

Bei all dem, worüber ich bislang gesprochen habe, geht es um wirtschaftliche Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und im Kern um die Frage, wie wir morgen in Europa leben können. Aber es gibt darüber hinaus etwas, was unser Leben in Europa bestimmt. Als wir heute vor einem Jahr überlegt haben, was 2014 für ein Jahr sein wird, haben wir über den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs und über den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs gesprochen. Wenn wir fast am Ende des Jahres 2014 zurückblicken, dann stellen wir fest, dass es viele bewegende Erinnerungsfeiern anlässlich dieser historischen Ereignisse gab. Aber 2014 war für uns in unserem alltäglichen Leben ein Jahr voller Kriege, Krisen und schrecklicher Krankheiten. Wir mussten erleben, dass in Europa Grenzen missachtet wurden, die Krim annektiert wurde, die territoriale Integrität, ein Kernbestandteil der europäischen Nachkriegsordnung, infrage gestellt wurde, in Donezk und Luhansk. Scheinbar war das Recht des Stärkeren stärker als die Stärke des Rechts. Deshalb muss ich es immer und immer wieder sagen: Was seit Monaten in der Ukraine passiert, das stellt unsere europäische Friedensordnung infrage. Russland hat gegen internationales Recht verstoßen und verstößt weiterhin dagegen. Nachbarländer sind plötzlich keine Partnerländer mehr, sondern sie werden zu Einflussphären. Wir werden diese Probleme nicht lösen, wenn wir die Dinge nicht klar beim Namen nennen. Auch dafür hat die CDU immer gestanden.

(Starker Beifall)

Aber wir werden die Probleme auch nicht überwinden, wenn wir nicht die richtige Herangehensweise finden. Das heißt, die Fakten beim Namen zu nennen. Das heißt – das habe ich von Anfang an gesagt: Militärisch ist diese Krise nicht zu lösen. Diplomatisch müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um sie zu lösen. Ich darf Ihnen versprechen: Ich werde gemeinsam mit dem Außenminister keine Gelegenheit verstreichen lassen, um immer und immer wieder darauf hinzuweisen:

Wir wollen eine diplomatische Lösung. Lasst uns zum Minsker Abkommen zurückkehren! Lasst es uns versuchen! Wir brauchen vielleicht einen langen Atem. Aber ich bin überzeugt: Wir können das schaffen, und wir müssen das schaffen, als Lehre aus der Geschichte und als Antwort auf unser heutiges Europa.

(Beifall)

Ich weiß, dass Sanktionen zum Teil auch für unsere Wirtschaft hart sind. Ich sage noch einmal: Sie sind kein Selbstzweck. Aber sie werden beschlossen, wenn sie unvermeidlich sind.

Unser Ziel ist eine territorial unversehrte Ukraine, die frei und selbstbestimmt über ihre Zukunft entscheiden kann. Das ist die Durchsetzung der Stärke des Rechts. Der Weg ist hart. Er erfordert einen langen Atem. Aber ich sage Ihnen, lieber Herr Klitschko, als Stellvertreter vieler in der Ukraine: Wir helfen Ihnen, wo immer wir können, und wir unterstützen Sie.

(Beifall)

Liebe Freunde, nur wenige Flugstunden von hier entfernt spielt sich seit vielen Monaten in Syrien und im Irak ein noch fürchterlicheres Drama ab. Es geht nicht nur um die Tragödie des Bürgerkriegs in Syrien, sondern es geht auch um das menschenverachtende Terrorregime IS, das dort wütet und dessen Hass und Brutalität offenbar keine Grenzen zu kennen scheinen.

Da stellen sich manche natürlich die Frage: Was geht mich denn das an, was so scheinbar weit entfernt von uns vor sich geht? Ich sage: Als Christdemokraten können wir nicht einfach unsere Hände in den Schoß legen. Wir sind verpflichtet zu helfen. Wir sind verpflichtet hinzuschauen. Wir sind verpflichtet international Verantwortung zu übernehmen.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle einem danken, der sich immer wieder um das Schicksal von verfolgten Christen gekümmert hat und kümmert. Lieber Volker Kauder, Du hast frühzeitig deinen Finger in diese Wunde gelegt und gesagt:

Es ist unsere Pflicht, vielen Menschen zu helfen, aber gerade da, wo Christen verfolgt sind, kann die CDU nicht schweigen. Deshalb ein herzliches Dankeschön für deine Arbeit in dieser ganzen Region.

(Beifall)

Deutschland engagiert sich seit vielen Jahren in vielen Regionen der Welt. Wenn ich allein daran denke, was die Bundeswehr auf ihren Auslandsmissionen leistet. Ob es um Schutzmaßnahmen geht, um logistische Hilfe, um Infrastruktur, um militärische Einsätze, wie den in Afghanistan, um Hilfe, wie jetzt für die Peschmerga in Kurdistan, um Aufbau staatlicher Strukturen und vieles mehr: Deutschland leistet da Wichtiges.

Die Bundeswehr befindet sich in einem wirklich wichtigen Umbauprozess, damit sie sich auf diese völlig neuen Herausforderungen überhaupt vorbereiten kann. Ich sage: Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Herkulesaufgabe. Deshalb möchte ich Ursula von der Leyen ganz herzlich danken, dass sie sich mit Präzision, Energie und Klarheit dieser Aufgabe stellt. Danke, liebe Ursula, für deine Arbeit in der Bundesregierung.

(Beifall)

Ganz herzlich möchte ich unseren vielen Soldatinnen und Soldaten danken, die unter Einsatz ihres Lebens ihren Dienst zum Teil weit entfernt von unserem Land leisten. Danke schön, dass Sie bereit sind, diesen Dienst zu leisten.

(Beifall)

Ein genauso herzliches Dankeschön allen Entwicklungshelfern, Ärzten und Polizisten, die sich fernab der Heimat einsetzen.

Denken wir nur an die schreckliche Heimsuchung durch Ebola. Ich habe allergrößte Hochachtung vor jeder Krankenschwester, vor jedem Arzt, der bereit ist, in das Krisengebiet zu gehen und sich dem Kampf gegen diese Krise zu stellen.

Herzlichen Dank dafür, dass es Menschen gibt, die anderen Menschen von Herzen gerne helfen. Sie haben unsere volle Unterstützung verdient.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Ereignisse, die scheinbar weit weg sind, machen sich bei uns durch die steigende Zahl von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen, die bei uns ankommen, bemerkbar. Allein im Jahr 2014 gab es in Deutschland über 200 000 Asylbewerber. Das sind völlig neue Herausforderungen für die Kommunen. Deshalb haben wir gesagt: Wir als Bund müssen die Kommunen unterstützen, zum Beispiel bei den Liegenschaften. Wir haben Hunderte neue Stellen im Bundesamt für Migration geschaffen, wo die Zulassungsverfahren laufen. Wir haben drei Länder – Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro – zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt; denn wir müssen jene im Fokus haben, die wirklich unsere Unterstützung brauchen, nämlich jene, die dort herkommen, wo nahezu kein akzeptierter Asylbewerber herkommt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, das war eine schwierige Entscheidung. Es war schwierig, hierfür überhaupt eine Unterstützung im Bundesrat zu bekommen. Ich will noch einmal daran erinnern: Die gleichen Grünen, die Baden-Württemberg einen Vorwurf gemacht haben, weil es sich im Bundesrat für sichere Herkunftsstaaten entschieden hat, haben im letzten Jahr entschieden, dass sie unter keinen Umständen eine Koalition mit uns eingehen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Wir wären bereit gewesen, eine solche Koalition zu wagen, manche Grüne waren es nicht. Schade drum!

(Beifall)

Umso erfolgreicher arbeitet unser Freund Volker Bouffier als Ministerpräsident unter einer schwarz-grünen Koalition in Hessen. Lieber Volker, danke, dass du das hinbekommen hast.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ein neuer interessanter Weg. Ich habe den Eindruck, er ist gut für Hessen.

(Beifall)

Da wir über die Zahlen sprechen, will ich daran erinnern: Flucht und Vertreibung – was viele Menschen derzeit auf der Welt erleben –, das haben 12 Millionen vertriebene Deutsche in der Nachkriegszeit am eigenen Leib erfahren. Ich möchte Erika Steinbach – leider kann sie heute nicht hier sein –, die nach vielen Jahren als Präsidentin des Bundes für Vertriebene ihr Amt aufgegeben hat, ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall)

Sie hat eine Ära geprägt. Sie hat etwas geleistet, das vorher schon angelegt war: Die Vertriebenen sind heute integriert. Sie leisten ihren Beitrag für unser gemeinsames Heimatland genauso wie alle anderen. Das ist ein riesiger Integrationserfolg, der in der Geschichte der Bundesrepublik ohne die Christlich Demokratische Union nicht möglich gewesen wäre, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir merken auch an anderen Stellen, dass die internationale Situation etwas mit uns hier zu Hause zu tun hat. Damit sind wir beim Thema Innere Sicherheit. Wir haben gerade hier in Köln erleben müssen, dass die Sicherheit auf Straßen und Plätzen von außenpolitischen Entwicklungen beeinflusst wurde. Deshalb sage ich ganz deutlich: Die CDU wird immer an der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten stehen. Vielen Dank jedem Einzelnen, der sich für die Sicherheit in unserem Land einsetzt.

(Beifall)

Die CDU wird mit aller Schärfe das Recht und die Regeln in unserem Land durchsetzen. Wir gehen vor gegen Hassprediger und gewaltbereite Islamisten genauso wie gegen Hooligans, die unsere Straßen unsicher machen wollen. Wir achten auf die Sicherheit. Danke, Thomas de Maizière, für deine Arbeit. Herzlichen Dank, dass du auf Recht und Gesetz in unserem Land achtest.

(Beifall)

Liebe Freunde, angesichts dessen, was ich bisher ausgeführt habe, ist eines klar: Wir stehen vor zentralen Herausforderungen. Wir haben sehr viel erreicht, und das gelingt uns immer nur deshalb, weil wir einen sicheren Kompass haben.

Ein Kölner Oberbürgermeister sagte einmal – ich zitiere ihn –: „Ich meine, in einer Periode, in der alles fließt, kommt es darauf an, ob man von Anfang an die richtige Richtung eingeschlagen und sie gesichert hat; das ist das Entscheidende.“

Dieser Kölner Oberbürgermeister war auch unser erster Vorsitzender und der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland: Konrad Adenauer. Er hat uns mit diesem Satz etwas ganz Wichtiges ins Stammbuch geschrieben: das Festhalten an unserem Kompass, das Festhalten an unserem Wertesystem. Das ist der Blick auf den Einzelnen, der Blick auf den Einzelnen in seiner Freiheit und seiner unveräußerlichen Würde.

Nächstes Jahr feiern wir Christdemokraten unseren 70. Parteigeburtstag. Hier in Köln, in der Heimatstadt Konrad Adenauers, wurde nur wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein wichtiger Beschluss gefasst: die sogenannten „Kölner Leitsätze“. In diesen „Kölner Leitsätzen“ heißt es – ich zitiere –: „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.“

Ein wunderbarer Satz: „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.“

(Beifall)

Vielleicht könnte man diesen Satz als christdemokratisches Grundgesetz bezeichnen. Das ist unser Grundgesetz. Die „Kölner Leitsätze“ waren eines der Gründungsdokumente unserer Partei, der stolzen Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Unsere christlich geprägten Überzeugungen sind eine Einladung. Sie sind eine Einladung an alle, die unser Verständnis von Freiheit und Verantwortung teilen. Alle, die unsere Werte teilen, sind bei uns in der CDU herzlich willkommen, jeder Einzelne mit seinen Gaben und mit seinen Möglichkeiten. Freiheit und Verantwortung, das heißt auch, den zu schützen, der auf Hilfe angewiesen ist. Deshalb ist uns Christdemokraten auch der Schutz des Lebens so wichtig, vom Anfang des Lebens bis zum Ende. Wir führen zurzeit eine wichtige Debatte über die Frage von Sterbehilfe. Geschäftsmäßige Sterbehilfe kommt für uns nicht in Betracht. Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens, liebe Freunde.

(Beifall)

Freiheit des Einzelnen, Verantwortung für unseren Nächsten – das ist unser Kompass. Hiervon ließen sich die Christdemokraten in den vergangenen 70 Jahren immer leiten. Denken Sie an die Anfänge unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als die Menschen in der Ära Adenauer angepackt haben, Schutt weggeräumt haben und Neues aufgebaut haben, als sie Verantwortung übernommen haben und die Grundlagen für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland gelegt haben. Denken Sie an die Soziale Marktwirtschaft, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Freiheit aufbaut, die auf Verantwortung setzt, die der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswunder gebracht hat. Denken Sie an die Westbindung, an die Verankerung der Bundesrepublik in der freien Welt. Sie war das klare Bekenntnis für Freiheit, Demokratie und Recht, und sie war eine klare Absage an Tyrannei, Diktatur und Mangelwirtschaft. Oder, liebe Freunde, denken Sie an die Zeit des NATO-Doppelbeschlusses. Er war damals heftig umstritten. Ich fürchte, es gab auch manchen Zweifler in den Reihen unserer Partei.

Aber die CDU hat Verantwortung übernommen, sie ist nicht den bequemen Weg gegangen, sondern sie hat immer deutlich gemacht: Demokratie wird Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nur dann erhalten können, wenn sie auch bereit ist, dann, wenn es nottut, diese Werte zu verteidigen. Das war damals notwendig.

Diese Haltung war ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit.

(Beifall)

Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, weiß ich den Mut und das Verantwortungsgefühl der Christdemokraten hier sehr zu schätzen; denn in der Zeit bis 1989, liebe Freunde, war es für uns in der DDR wichtig, dass die Erfassungsstelle in Salzgitter nicht aufgegeben wurde,

(Beifall)

dass DDR-Bürger weiter die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Das hat die deutsche Einheit überhaupt möglich gemacht.

(Beifall)

CDU und CSU haben jahrzehntelang an der Deutschen Einheit festgehalten, als andere sich schon längst verabschiedet hatten. Das war die Voraussetzung dafür – als die Menschen zu Hunderttausenden auf die Straße gingen, als sie nach Prag flüchteten und als sie in Ungarn über die Grenze nach Österreich gingen –, dass die Deutsche Einheit gestaltet werden konnte. Es war die CDU unter der Führung von Helmut Kohl, die die historische Chance für die Deutsche Einheit nicht nur gesehen hat, sondern auch umgesetzt hat, vom 10-Punkte-Plan bis zum Einigungsvertrag. Deshalb ist und bleibt Helmut Kohl der Kanzler der Deutschen Einheit, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Es waren wir Christdemokratinnen und Christdemokraten, die an einem geeinten Deutschland in einem geeinten Europa entscheidend mitgewirkt haben. Wenn es die deutsche Christdemokratie nicht gegeben hätte, ihren Einsatz für die Menschen in der DDR, die Schaffung der Möglichkeit, dass wir in der ehemaligen DDR selbst bestimmen konnten, welchen Weg wir gehen können, dann könnte ich schlicht und ergreifend als Ihre Vorsitzende nicht vor Ihnen stehen. Deshalb werde ich niemals vergessen, wie mein Weg gelaufen ist.

Es ist jetzt vier Wochen her, dass wir an den Mauerfall vor 25 Jahren gedacht haben. Menschen aus der ganzen Welt waren in Berlin zu Gast, ob an der Bernauer Straße oder am Brandenburger Tor. Neben Kölsch konnte man Niederländisch und Englisch, Bayerisch neben Arabisch, Sächsisch neben Spanisch hören. Es war ein fröhliches Fest. Es war ein Fest – wer nicht dabei war, es aber im Fernsehen verfolgt hat, wird es bestimmt auch mitbekommen haben –, das eine Leichtigkeit ausstrahlte: als die Ballons, die die ehemalige Grenze markiert haben, plötzlich in den Himmel stiegen und wegflogen, dazu die Musik von Ludwig van Beethoven, die „Ode an die Freude“.

Liebe Freunde, am Abend des 9. November habe ich mich noch einmal selbst in den Arm gezwickt und überlegt: Wo kommst du her? Was ist möglich geworden? – Ich kann nur sagen: Es ist ein Glück, ein großes Glück, ein Glück, dass wir die deutsche Einheit erleben konnten, ein Glück, dass wir die friedliche Revolution erleben konnten, ein Glück, dass wir in einem wiedervereinigten Deutschland leben, ein Glück, dass dieses wiedervereinigte Deutschland in eine Europäische Union eingebettet ist, die in Frieden und Sicherheit leben kann. Ich glaube, wir können über das glücklich sein, was wir erreicht haben.

(Beifall)

Das alles ist möglich gewesen, weil Christdemokratinnen und Christdemokraten immer wieder Verantwortung übernommen haben. Da ist es schon ein beklemmendes zeitliches Zusammentreffen, wenn wir sehen, wofür die andere Volkspartei in Deutschland, die SPD, letzten Freitag in Erfurt den Weg freigemacht hat. Sich als stolze Volkspartei in die Juniorrolle unter Führung der Linkspartei zu begeben – wie viel kleiner will sich die SPD eigentlich noch machen, frage ich mich.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich halte das Verhalten der SPD in Thüringen für eine Bankrotterklärung,

(Beifall)

eine Bankrotterklärung an den eigenen Anspruch, als Volkspartei wirklich Zukunft gestalten zu wollen. Das ist die eigentliche Bankrotterklärung.

(Beifall)

Für Thüringen, dieses so aufstrebende Land, ist das natürlich eine denkbar schlechte Nachricht. Thüringen steht heute glänzend da: starkes Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, solide Finanzen. Liebe Christine Lieberknecht, auch von dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön! Danke für deine erfolgreiche Arbeit und Dank an alle in der CDU, die 24 Jahre erfolgreich für Thüringen und seinen Aufstieg gearbeitet haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Freunde, vor ein paar Tagen hat der Ehrenvorsitzende der Thüringer CDU, Bernhard Vogel, in einem, wie ich finde, bemerkenswerten Interview ausgeführt, worum es eigentlich geht, wie gewohnt in seiner sehr ruhigen, aber auch sehr unmissverständlichen Art. Ich zitiere ihn:

„Thüringen ist nur eine Etappe. Schon aus diesem Grund wäre es Ramelows größte Torheit, jetzt den Eindruck zu erwecken, er plane in Thüringen die Revolution. Wir werden mit ihm eher ruhige Jahre erleben. Damit 2017 alle glauben, die Linken taugten auch für den Bund.“

Genau darum geht es. Uns allen gemeinsam muss eines klar sein: Nur unsere eigene Stärke, nur eine starke Union im Jahr 2017 wird Rot-Rot-Grün im Bund unmöglich machen. Daran haben wir für die Menschen in unserem Land zu arbeiten.

(Anhaltender Beifall)

Natürlich gibt uns dabei die Bundestagswahl im vergangenen Jahr Rückenwind und auch Zuversicht. Die Menschen vertrauen uns. Sie trauen uns zu, dass wir die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit geben, und sie trauen uns zu, dass wir an der Zukunft Deutschlands arbeiten. Es ist und bleibt auch wahr: Wahlen werden niemals in der Vergangenheit gewonnen. Eine erfolgreiche Geschichte gibt uns aber Kraft und Zuversicht. Ich glaube an die gemeinsame Zukunft, die wir haben, genauso wie ich es vor 25 Jahren für unser Land getan habe.

Etwa in diesen Tagen genau vor 25 Jahren stand für mich die Frage im Raum: Was machst du mit dieser neu gewonnenen Freiheit, mit der offenen Mauer? Ich war Naturwissenschaftlerin, bin dann dem Demokratischen Aufbruch beigetreten. Ich habe überlegt: Bleibst du in der Wissenschaft? Irgendwann habe ich mich entschieden: Ich kehre der Wissenschaft den Rücken und werfe mich hinein in diese politische Arbeit, die so viel Spannung, so viel Neues und so viel Ungewohntes verspricht. Mein Weg in der CDU hat auf dem Vereinigungsparteitag 1990 in Hamburg begonnen. Alles war neu und ungewohnt. Dann kam Helmut Kohl als Vorsitzender zu mir als einer von drei Delegierten des Demokratischen Aufbruchs, und ich sollte meine erste kleine Parteitagrede halten. Ich hatte blanke Panik,

(Vereinzelt Heiterkeit)

zumal mir Helmut Kohl noch etwas gesagt hatte, was mir nicht richtig passte. Er hat nämlich gesagt: Sprich lieber über dich und deine Biografie als über Politik.

(Heiterkeit)

Daran habe ich mich allerdings nicht ganz gehalten. Mir kam die Rede ewig vor. Ich habe es noch einmal nachgelesen: Sie war ganz kurz. Zum Schluss habe ich gesagt:

„Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit, und ich bin auf den gemeinsamen Weg gespannt.“

Seitdem sind 24 Jahre vergangen. Wir haben viel geschafft, und ich habe die Erfahrung gemacht, in einem starken Team zu arbeiten: mit Peter Tauber als Generalsekretär, mit Klaus Schüler als Bundesgeschäftsführer, mit dem ganzen Team im Adenauer-Haus, mit Peter Altmaier, der die Fäden in der Regierungsarbeit zusammenhält, mit der Fraktion, mit Volker Kauder, mit den Freunden der CSU, mit Horst Seehofer und Gerda Hasselfeldt, und vor allen Dingen, liebe Freunde, mit Ihnen allen, mit dieser so wunderbaren Partei und ihren Mitgliedern, manchmal streitbar, aber zum Schluss immer eine Partei, die an die gemeinsamen Werte glaubt. Deshalb sage ich aus vollem Herzen und mit diesen 24 Jahren Erfahrung: Die CDU ist eine großartige Partei, und deshalb tut sie Deutschland gut, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Ich sage daher aus voller Überzeugung: Gerne möchte ich als Vorsitzende dieser großartigen Partei zusammen mit jedem Einzelnen von Ihnen auch weiter unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland, dienen. – Herzlichen Dank.

(Die Delegierten erheben sich - Langanhaltender starker Beifall)